

Rede der Frauendezernentin Rosemarie Heilig zum Internationalen Frauentag 2023 Empfang am 03. März 2023, Kaisersaal, Frankfurter Römer

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

seien Sie alle recht herzlich hier im Kaisersaal zum internationalen Frauentag begrüßt.

(Begrüßung laut Liste des Protokollamtes)

„WE ARE NOT SCARED ANYMORE. WE ARE ANGRY – Wir haben keine Angst mehr, wir sind wütend.“

Vor einem Jahr, zum internationalen Frauentag 2022, haben wir diesen Film, den Sie in Ausschnitten jetzt nochmals gesehen haben, veröffentlicht.

Wir waren erschüttert über die Schlagzeilen und Meldungen aus aller Welt, die offenbaren, wie stark Rechte von Frauen durch machthungrige Autokraten und Populisten (wieder) beschnitten werden. Wir verfolgten das Leid und Unrecht, das Frauen widerfährt: In Afghanistan, in Belarus, der Türkei und vielen anderen Ländern. Der verheerende Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine hatte gerade begonnen.

Und heute? Ein Jahr später? Haben wir uns vorstellen können, dass der Krieg in der Ukraine immer noch tobt? Dass aus einem europäischen Land über Flucht, Vergewaltigung, Entführung und Ermordung berichtet wird? Dass Frauen und Mädchen in Iran wegen vermeintlich nicht richtig sitzenden Kopftüchern zu Tode gefoltert werden? Dass Frauen in Afghanistan nahezu ohne Rechte leben müssen?

Meine lieben Mitstreiter:innen,

We are not scared anymore, we are angry – Wir haben keine Angst mehr, wir sind wütend. Dieser Satz aus einem der Interviews, der gleichzeitig der Titel des Films ist, ist eindeutig:

Wir sind wütend, dass durch Autokraten, Ultrakonservative, Fundamentalisten und Faschisten Rechte von Frauen und Mädchen immer wieder in Frage gestellt werden. Wir sind wütend, dass Frauen und Mädchen ihr Leben riskieren, wenn sie für ihr Menschenrecht eintreten.

Wir sind wütend, dass Gewalt und Diskriminierung noch immer Teil des Alltags vieler Frauen und Mädchen sind. Weltweit - auch in Deutschland.

In dem Ausschnitt des Films sehen wir kluge und mutige Feministinnen. Sie kämpfen für eine gleichberechtigte Welt, in der Frauen und Mädchen selbstbestimmt und ohne Angst vor Gewalt leben können. Ihr Einsatz schenkt uns Zuversicht.

Dass wir für Frauenrechte kämpfen müssen, das wissen wir alle. Gleichberechtigung ist nirgendwo auf der Welt erreicht. Wieder und wieder müssen wir erkennen, wie weit entfernt wir von dem Ziel sind, in einer gleichberechtigten Welt zu leben. In einer Welt, in der allen Frauen ihre unantastbare Menschenwürde garantiert ist.

Noch keiner Gesellschaft, mag sie sich selbst als noch so fortschrittlich begreifen, ist es bislang gelungen, die Gleichberechtigung aller Menschen, die in ihr leben, zu verwirklichen. Und wir müssen uns wohl an den Gedanken gewöhnen, dass erkämpfte Rechte – wie bei der sexuellen, körperlichen und reproduktiven Selbstbestimmung – auch bei uns wieder in Frage gestellt oder sogar abgeschafft werden.

Doch den Kopf in den Sand zu stecken – das war und ist für Frauen keine Option! Wir wenden uns auch nicht ab. Im Gegenteil, wir sehen ganz genau hin!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie zerbrechlich unsere Demokratie geworden ist, das erleben wir nicht erst seit dem 24. Februar 2022 mit Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Demokratie ist in Gefahr: Im Krieg gegen die Ukraine, auf den Straßen in Belarus, im Iran und Afghanistan. Aber auch in den Parlamenten und auf den Straßen westlicher Demokratien.

Weltweit wird Demokratie als Staats- und Regierungsform auf schamlose, gewissenlose Weise verbal herabgewürdigt und deren Repräsentant:innen sogar physisch attackiert.

Dass Demokratien zerbrechlich und Frauenrechte nicht unantastbar sind, merken wir allerorten: Nicht nur in den USA, in Belarus, in der Türkei, in Afghanistan und in Ungarn oder Polen. Auch hier, bei uns.

Wir müssen für unsere Rechte kämpfen.

Wie verankert und gesichert Frauenrechte sind, ist ein Gradmesser für den freiheitlich demokratischen Zustand einer Gesellschaft. Es geht hier nicht um „Frauthemen“, sondern es geht um Menschenrechte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir erleben Hass und Hetze gegen politisch aktive Menschen. Dies trifft Männer wie Frauen. Der Mord an Walter Lübcke ist ein schreckliches Beispiel.

Wir wissen auch, dass sich Hass gegen Frauen anders entlädt und Frauen gezielt in ihrem **Frausein** treffen soll.

Hass und Hetze, die Politikerinnen und politisch aktive Frauen trifft, findet offline wie online statt. Sie reichen von abwertenden Kommentaren in sozialen Medien bis hin zu Morddrohungen, mit dem Ziel, uns Frauen einzuschüchtern und uns mundtot zu machen. Gerade Chatgruppen, in denen sich rechte Ideologie mit Frauenfeindlichkeit mischt, können eine verheerende Wirkung auf die Betroffenen haben.

Das bekannteste Beispiel der letzten Jahre sind sicher die NSU 2.0-Briefe, bei denen drei Frankfurterinnen – eine Anwältin, eine Künstlerin und eine Politikerin – mit privaten Details über ihre Familien und rassistischen und sexistischen Aussagen konfrontiert wurden. Es ist gut, dass sie sich nicht haben einschüchtern lassen, sondern aktiv in der Öffentlichkeit für ihre Themen streiten.

Der Hass im Netz richtet sich gegen Menschen, die den Mund aufmachen, gegen Ungerechtigkeit und Antifeminismus, die sich einsetzen für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung.

Die Attacken öffentlich zu machen, kann die Bedrohung nicht verschwinden lassen. Aber es ist wichtig, weil es uns ermöglicht, uns öffentlich zu solidarisieren. Damit setzen wir ein Zeichen.

Worauf wir uns einstellen müssen, wird immer deutlicher: Hart erkämpfte Rechte gehen verloren! Blicken wir in die USA, dort hat das Oberste Gericht im Juni 2022 - nach fast 50 Jahren - das landesweite Recht auf Schwangerschaftsabbruch gekippt. Schwangere Frauen werden nun gezwungen, in einen anderen Bundesstaat zu reisen, wenn in ihrem Bundesstaat legale Abtreibungen nicht mehr möglich sind.

Die Widerstände gegen die Selbstbestimmung der Frau und aller Menschen sind groß. Wagen es Frauen, aus den ihnen zugewiesenen Rollen auszubrechen, wagen sie es, frei zu werden von Fremdbestimmung und gewalttätigen Strukturen, werden sie angegiftet wie einst Waltraud Schoppe im Bundestag für ihre Rede zum §218 und Gewalt in der Ehe. Die Älteren unter uns wissen wahrscheinlich sofort, von wem die Rede ist: Waltraud Schoppe gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Grünen. Sie war in den 1980- und 1990er Jahren Mitglied des deutschen Bundestags, in den 90ern Frauenministerin von Niedersachsen.

Sie gehörte zu den *Unbeugsamen* Frauen, die dieses Land und unsere Demokratie mit ihrem politischen Kampf und ihrem Engagement vorangebracht haben – und dafür Spott und Häme kassiert haben. Es ist auch ihr Verdienst und ihrem Mut zu verdanken, dass Vergewaltigung in der Ehe heute ein Straftatbestand ist. Im Mai 1983, also vor fast genau 40 Jahren, hielt sie eine Rede im Bundestag, die als Tabubruch wahrgenommen wurde und den überwiegend männlichen Teil des Bundestags schockierte.

Ich zitiere:

„Wir fordern die Bestrafung bei Vergewaltigung in der Ehe. Wir fordern Sie auf, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass auch die Frauen ein Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper und ihr Leben haben. Wir fordern Sie alle auf, den alltäglichen Sexismus hier im Parlament einzustellen.“

An den lautstarken Reaktionen im Parlament konnte sie erkennen, dass sie mit ihrer kalkulierten Provokation etwas Wesentliches erreicht hatte, denn sie erwiderte schlicht: **„Ich merke, dass ich das Richtige gesagt habe. Sie sind getroffen.“**

Waltraud Schoppe hat mit ihrer deutlichen Aussage nicht nur dazu beigetragen, dass die Vergewaltigung in der Ehe heute eine Straftat darstellt, sie hat auch zum Paragrafen 218 – einem anderen scheinbar endlosen Thema der Frauenbewegung –

immer und immer wieder Stellung bezogen und dessen Abschaffung gefordert. Was sie damals in ihrer Rede im Mai 1983 sagte, gilt, so traurig es ist, auch heute noch uneingeschränkt.

Ich zitiere:

„Wenn eine Frau ungewollt schwanger wird, muss sie selbst entscheiden können, ob sie ein Kind möchte oder nicht. Die Schwangerschaftsunterbrechung kann als eine Frage der moralischen Einstellung und der persönlichen Lebensumstände nicht Gegenstand juristischer Verfolgung sein.“

Der Paragraph 218 muss endlich aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden.

Und die Gehsteigbelästigungen durch sogenannte Lebensschützer vor den Beratungsstellen von Pro Familia und den Frauenarztpraxen muss endlich gesetzlich untersagt werden. Wir setzen auf unsere Familienministerin **Lisa Paus**, die letzte Woche mit Beginn der Mahnwachen mitteilte, dass diesen Gehsteigbelästigungen gesetzliche Maßnahmen entgegengesetzt werden.

Liebe Mitstreiter:innen,

Frau sein heißt, für Rechte zu kämpfen. Das gilt seit den Anfängen der Frauenbewegung unverändert bis heute.

Aber wer von uns kennt die Revolutionär:innen jener Tage, die damals für Demokratie und politische Teilhabe gestritten haben? - Die Geschichten dieser Frauen sind nahezu unbekannt. Sie waren Arbeiterinnen und Bürgerinnen, Journalistinnen, Kulturschaffende, Netzwerkerinnen, Feministinnen und Kämpferinnen.

Kennen Sie zum Beispiel Henriette Zobel?

Frauen wie ihr verdanken wir unsere Demokratie. Die Tochter eines Bäckers aus Oberrad, geboren vor gut 200 Jahren, geschieden und wiederverheiratet, hatte großes Interesse an den Nationalversammlungen in der Frankfurter Paulskirche. Sie konnte die Versammlungen damals allerdings nur als Zuschauerin von der Galerie aus verfolgen. Am 18. September 1848 geriet sie in die Ausschreitungen aufgebrachter Volksmassen. Sie wurde verhaftet, angeklagt und zu vielen Jahren Zuchthaus verurteilt. Angeblich soll sie versucht haben, mit einem Regenschirm General von Auerswald zu töten – was sie stets bestritt.

Aber nicht nur Frauen aus dem kleinbürgerlichen Milieu oder der Arbeiterklasse kämpften für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Auch in großbürgerlichen Kreisen entzündete sich das Feuer dieser ersten europaweiten Freiheitsbewegung.

Ein Beispiel ist Clothilde Koch-Gontard. Auch sie wollen wir als eine der Protagonistinnen des Kampfes für die Demokratie aus der Vergessenheit holen.

Ob Henriette Zobel oder Clothilde Koch-Gontard, ob Sophie von Hatzfeld oder Louise Otte-Peters – es lohnt sich, unsere Vorkämpferinnen kennenzulernen – sie und ihre nahezu unbekanntes Geschichten. Denn damals wie heute zählt: Wir müssen voneinander wissen und lernen, denn:

Demokratie braucht Feminismus.

Liebe Gäste, Sie alle werden ab dem 28. April hier im Kaisersaal Gelegenheit haben, diese Revolutionär:innen im Rahmen einer Ausstellung, die wir gemeinsam mit dem Historischen Museum entwickelt haben, näher kennenzulernen. Ihre Herkunft, ihre Beweggründe, ihre Forderungen, ihre Form des Protests – all das mag verschieden sein. So verschieden wie auch wir es sind. Aber was sie und uns eint, ist der Kampf um Anerkennung dieser Verschiedenheit.

Wir müssen und dürfen uns nichts aus der Hand nehmen lassen. Unsere Demokratie ist zerbrechlicher geworden. Unsere Rechte sind in Gefahr. Es liegt an uns, sie zu schützen und zu verteidigen.

Unsere Solidarität gilt heute allen kämpfenden Frauen, die für Menschenrechte, Frauenrechte und ein Leben in Frieden und Sicherheit eintreten.

Lassen wir uns inspirieren von unseren Vorkämpferinnen. Deshalb **Film ab und Vorhang Auf** für Henriette Zobel und Clothilde Koch-Gontard!

Mein besonderer Dank gilt dem Frauenreferat, dass auch in diesem Jahr, nach 2 Jahren Corona- Zwangspause, diesen Empfang wieder so wunderbar gestaltet hat.

Und nun zum Abschluss und vor dem Buffet nochmal Kaye-Ree mit ihrer Band